

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

so kurz vor der Sommerpause herrscht bei uns im Bundestag noch betriebsame Hektik. An diesem Freitagabend stehen die Abstimmungen zum Fiskalpakt und dem ESM an. Die SPD-Fraktion wird mit einer Mehrheit diesen beiden Mammutprojekten zustimmen. Das tut sie nicht, um Angela Merkel zu helfen; das tut sie, um Europa zu stabilisieren, um den Euro zu retten. Die Kanzlerin trägt eine Mitschuld an der Vertiefung der Staatsschuldenkrise, weil sie immer zu wenig und zu spät gehandelt hat.

Die SPD hat hart über den Fiskalpakt verhandelt und am Ende ihre Forderungen erfolgreich durchgesetzt. Es ist eine Tatsache: Ohne die deutsche Sozialdemokratie gäbe es nun keinen Europäischen Wachstums- und Beschäftigungspakt. Damit wird insbesondere die erschreckende Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten bekämpft. Wir haben erreicht, dass noch nicht verwendete EU-Strukturfondsmittel nun zielgerichtet eingesetzt werden und die Europäische Investitionsbank gestärkt wird, auch so genannte Projektanleihen wird es geben. Das wichtigste Ziel aber: eine Finanztransaktionssteuer wird in mindestens neun Staaten eingeführt. Das ist unser Verdienst, und darauf können wir alle miteinander stolz sein.

Das Thema Schuldenkrise wird uns MdBs auch in der Sommerpause nicht loslassen, es sind Sondersitzungen des Parlaments geplant.

Nachdem in der vergangenen Sitzungswoche die eigenen Abgeordneten der Debatte fernblieben, hat die Koalition an diesem Donnerstag über das Betreuungsgeld beraten lassen. Dabei wurde deutlich, dass die FDP weitere Änderungen an dieser grotesken Prämie will. Diese Koalition ist sich in fast allem uneins. Das Betreuungsgeld ist falsch, es hält Kinder aus Kitas fern, es hält sogar Frauen vom Berufsleben fern – eine perfide Konsequenz eines veralteten Rollenbildes. Aus der gesamten Gesellschaft kommt Widerspruch, und doch hält die CSU wie besessen an dieser Zahlung fest.

Die SPD-Fraktion wird alles tun, um das Betreuungsgeld zu verhindern, und ich wage die Prognose: In seiner jetzigen Ausgestaltung wird es niemals Realität.

Ich wünsche dir eine schöne, erholsame und hoffentlich von viel Sonnenschein begleitete Sommerpause.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,
JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 29.06.2012 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 02 | Debatte: Steinmeier geißelt Merkels Krisenpolitik | 08 | Schwarz-Gelb verhindert Gleichstellung von Lesben und Schwulen |
| 03 | Betreuungsgelddebatte | 09 | Energie- und Klimafonds finanzieren |
| 04 | Schwarz-Gelbes Pflegereformchen | 09 | UNIFIL-Mandat verlängern |
| 05 | Aktuelle Stunde: Schmiergeldgeschäfte bleiben ungesühnt | 10 | Sudan und Südsudan stabilisieren |
| 07 | Mittelstand fördern | 11 | Internationale Schutzverantwortung weiterentwickeln |
| 07 | Schüler-BaföG einführen | 11 | Für eine Generation frei von Aids/HIV |

DEBATTE

Steinmeier geißelt Merkels Krisenpolitik

An diesem Mittwochmittag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Regierungserklärung zum bevorstehenden EU-Ratsgipfel abgegeben. Sie erwartet kritische, streitbare Verhandlungen in Brüssel. In seiner Antwort auf Merkel kritisierte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Politik der Kanzlerin massiv. Merkel müsse den Menschen endlich reinen Wein einschenken.

Steinmeier richtete sich gleich zu Beginn an die Regierungskoalitionen, die unnatürlich lange ihrer Chefin applaudierten. „Machen Sie sich ruhig Mut – es könnte nötig sein in den nächsten Wochen“, sagte Steinmeier. Bei all den Sondersitzungen auf Fraktions- und Parlamentsebene momentan werde deutlich: Es geht ums Ganze. Merkel müsse das den Menschen klarmachen. „Von einem Europa der Stabilität und des Vertrauens sind wir heute weiter entfernt denn je“, so Steinmeier, und das liege an der Regierung Merkel. Sie habe Fehldiagnosen der Krise abgegeben, aber gleichzeitig sei Deutschland unter ihr schulmeisterhaft in Eurppa aufgetreten. Damit sei Deutschland Teil des Problems.

Steinmeier: „Sie dachten, Frau Merkel, lasst uns einfach schön sparen, dann wird alles gut. Aber das war blauäugig. Die Krise schlägt eine Schneise der Verwüstung durch Europa“. Der Fraktionschef erklärte, dass es eben nicht reicht, nur zu sparen, um die Krise einzudämmen. Er sagte, dass diese Politik gescheitert sei. Merkels Regierung warf er vor, zu lange untätig geblieben zu sein, weil Schwarz-Gelb die NRW-Wahl abwarten wollte.

Konsequente Haltung der SPD

Im Grunde habe diese Regierung die Unterstützung der SPD nicht verdient, und so mancher Abgeordneter habe das auch nicht gewollt – „das kann ich sogar verstehen“, so Steinmeier weiter. Doch der Weg sei zwar hart gewesen beim Fiskalpakt, aber lohnenswert. Denn Fakt ist, dass die SPD-Fraktion dem Fiskalpakt, den Merkel ursprünglich wollte, niemals zugestimmt und es keine Zwei-/Drittel-Mehrheit im Parlament gegeben hätte.

Doch dank der konsequenten Haltung der SPD – und der Unterstützung durch die Grünen – sei nun ein Wachstumspakt für Europa vereinbart worden, der alle Forderungen der Sozialdemokraten berücksichtigt. Im Zentrum: die Finanztransaktionssteuer, die noch in diesem Jahr in mindestens neun europäischen Ländern auf den Weg gebracht werden soll. Das alles ist letztlich der deutschen Sozialdemokratie zu verdanken.

„Wenn nun der EU-Rat auf seiner Sitzung am Donnerstag dem ausgehandelten Ergebnis folgt, werde ich meiner Fraktion für Freitag die Zustimmung empfehlen“, sagte Steinmeier.

FAMILIENPOLITIK

Betreuungsgelddebatte entlarvt erneut Verfallserscheinungen der Koalition

Die Bilder von der Plenardebatte zur 1. Lesung des schwarz-gelben Gesetzentwurfs zur Einführung des Betreuungsgeldes zeigten deutlich: FDP und auch weite Teile der Union wollen mit der Kitafernhalteträmie nicht in Verbindung gebracht werden. So setzten sich am vergangenen Donnerstag die Unionsleute in die letzten Reihen, und die FDP gab nur müde Applaus für die Rede von Familienministerin Schröder (CDU). Nur einer freut sich: Horst Seehofer (CSU). Und die Kanzlerin sieht dem Treiben zu. Mit dem Kuhhandel der Koalition hat sie sich selbst einen Bärenienst erwiesen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird alles dafür tun, um das Betreuungsgeld zu verhindern. Und spätestens 2013 schaffen die Sozialdemokraten es wieder ab.

Die breite Kritik innerhalb der Koalition am Betreuungsgeld ist lange bekannt. Das wurde in der vergangenen Sitzungswoche dadurch gekrönt, dass 126 Abgeordnete der schwarz-gelben Koalition nicht im Plenum waren. Dadurch war der Bundestag nicht mehr beschlussfähig, und es stand fest: Über das Betreuungsgeld wird erst nach der Sommerpause debattiert. Im Ältestenrat gab es dann nach einigem Geschacher schließlich die Entscheidung, die 1. Lesung des Gesetzes doch noch vor der Sommerpause im Plenum zu debattieren. Notfalls, so berichtete Thomas Oppermann, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, wolle „die Union alle Abgeordneten und sogar die Kranken in den Saal“ tragen.

Ein schwarz-gelber Kuhhandel leistet der Koalition einen Bärenienst

Merkel und Co. wollten ursprünglich verhindern, dass das Betreuungsgeld in der Sommerpause weiter im Zentrum der öffentlichen Debatte steht. Doch das wäre ohnehin nicht gelungen. Denn die Menschen wissen, was für einen absurden Kuhhandel Schwarz-Gelb betreibt: Die FDP will das Betreuungsgeld nicht, stimmt aber im Kabinett dafür, weil die Union dafür dem „Pflege-Bahr“, der privaten Pflegezusatzversicherung, zustimmt. Das will die FDP durchsetzen. Dabei will die Union dieses sozial ungerechte Klientelgeschenk an die private Versicherungswirtschaft eigentlich nicht. Nur der bayerische Ministerpräsident (CSU) freut sich, er bekommt, was er will, und nur er: das Betreuungsgeld!

Breite Mehrheit der Bürger_innen sind gegen das Betreuungsgeld

Das ZDF-Politbarometer vom 15. Juni war deutlich: 71 Prozent der Deutschen lehnen das Betreuungsgeld ab. Selbst die Anhänger der Union sind mit 64 Prozent dagegen. Zwei Milliarden werden verpulvert, weil so eine Wahlfreiheit für Eltern geschaffen werden soll. Doch die gibt es nicht: Der auf SPD-Initiative 2008 beschlossene Rechtsanspruch auf einen Krippen-Platz tritt zwar im August 2013 in Kraft, aber 200.000 Betreuungsplätze fehlen. Für die 2 Milliarden könnten allein 166.000 zusätzliche Krippenplätze entstehen. Das zeigt, was für ein Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb ist: Das Geld wird nicht in frühkindliche Bildung für alle Kinder investiert und die Kommunen sind auf sich gestellt. Nun sollten die „Schlecker-Frauen“ ran, die

Schwarz-Gelb hat im Regen stehenlassen. Laut Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen sollen sie helfen, die Lücken beim Personal für frühkindliche Bildung zu schließen. Eine Qualifizierungsoffensive für diese Frauen ist gefragt. Aber aus der schwarz-gelb verschuldeten Not geboren, ist die Lösung fragwürdig: Länder wie Berlin haben bereits die Ausbildung aufgewertet und sie, wie in anderen europäischen Staaten und den USA üblich, in ein Fachhochschulstudium überführt. Doch dieser Schritt erfordert, dass Erzieherinnen und Erzieher danach auch eine gute Bezahlung für die wichtige Aufgabe, die kleinen Menschen von Beginn an gut zu bilden, erhalten. Wir können gespannt sein, was Frau Übermutter von der Leyen (CDU) dazu noch erklärt.

SPD fordert: Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld

Die SPD-Fraktion hat ihren Antrag „Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld“ in den Bundestag eingebracht, den der Bundestag heute ebenfalls debattiert hat. Darin fordern die Sozialdemokrat_innen die Bundesregierung auf, auf das Betreuungsgeld zu verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel zusätzlich in den Ausbau der Kita-Plätze zu investieren. Damit soll der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unterdreijährige Kinder gefördert werden. Bund, Länder und Kommunen sollen dafür auf einem Krippengipfel konkrete Maßnahmen verabreden.

GESUNDHEIT

Schwarz-Gelbes „Pflegerförmchen“: Ein Geschäft für die Versicherungskonzerne

Freitagvormittag debattierte der Bundestag in 2./3. Lesung das schwarz-gelbe „Pflegerförmchen“ aus dem Hause „Bahr“ (FDP). SPD-Fraktionsvizein Elke Ferner und die pflegepolitische Sprecherin der SPD, Hilde Mattheis, sind sich einig: Diese Pseudoreform reicht nicht aus und nutzt wieder einmal nur den Besserverdienenden. Die private Zusatzversicherung, der „Pflege-Bahr“ lohnt sich nur für Menschen mit guten Einkommen. Und der staatliche Zuschuss in Höhe von 5 Euro monatlich ist ein Witz. Hier werden erneut Steuergelder verpulvert, um die privaten Versicherungskonzerne zu füttern. Die SPD-Fraktion hat seit 2009 weiter an einem nachhaltigen Pflegekonzept gearbeitet, das breit mit vielen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert wurde. Seit März 2012 liegt das Konzept vor. Am Freitag hat es die SPD-Fraktion als Antrag dem Plenum vorgelegt.

Schwarz-Gelbes Theater um ein Geschenk für die Versicherungskonzerne

Die private, kapitalgedeckte Pflegezusatzversicherung, die im Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG), verankert ist, ist ein weiteres schwarz-gelbes Kabinettstückchen: Die Sozialpolitiker der Union reiben sich die Augen, aber die FDP braucht Genugtuung für das unsinnige Betreuungsgeld. Steht ja auch im Koalitionsvertrag. Die Kritik daran hagelt wie beim Betreuungsgeld: Selbst die damit bediente private Versicherungswirtschaft ist unzufrieden – zu wenig Profit? Schätzungen der Sozialverbände gehen von Prämien in Höhe von bis zu 80 Euro pro Monat aus, oder sogar noch höher. Prämien, die allein die Beschäftigten treffen. Die Arbeitgeber bleiben – treu nach schwarz-gelbem Prinzip – außen vor. Und 60 Euro staatlichen Zuschuss soll es jährlich dafür geben.

Ein Schwarz-Gelbes „Pflegerförmchen“

2011 sollte nach Ex-Gesundheitsminister Rösler (FDP) zum „Jahr der Pflege“ werden. Auch sein Nachfolger Bahr sprach vom großen Wurf. Herausgekommen sind ein paar Verbesserungen für Demenzzranke, für Angehörige und alternative Wohnformen. Frei nach dem Motto: 1 Milliarde darf das Ganze kosten.

Die 0,1 Prozent Beitragssatzanhebung reicht nicht, um die Pflege bedarfsgerecht auszurichten. Die geplante private Zusatzversicherung bediene laut SPD-Fraktionsvizein Elke Ferner nur die Versicherungswirtschaft. Sie verwies darauf, dass die Versicherer eine Risikoprüfung vornehmen würden. Ältere und kranke Menschen könnten sich deshalb die Policen nicht leisten. Ebenso werden Geringverdiener in die Röhre schauen.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion hat die Bundesregierung Zeit für eine zukunftsfeste Finanzierungsform verspielt. „Sie haben uns einen Elefanten versprochen und eine Mücke geliefert“, sagte die SPD-Abgeordnete und Gesundheitsausschussmitglied, Angelika Graf. Die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Hilde Mattheis, sprach von einem neuen Baustein der Entsolidarisierung des Gesundheitswesens.

Gute Pflege ist mehr wert

Die SPD-Fraktion steht für eine deutlich bessere Versorgung von Demenzkranken und bezahlte Pflegezeiten für Angehörige nach Vorbild des Elterngelds. „Uns ist bekannt, dass das mit einer klaren Anhebung des Pflegebeitrags um 0,6 Prozentpunkte verbunden ist“, erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, im Vorfeld der Debatte ein. Nach Kalkulation der Sozialdemokrat_innen müssen rund 6 Milliarden Euro mehr ins Pflegesystem geleitet werden. Das lehnen die Arbeitgeber vehement ab. Sie murren schon über die heute beschlossene Anhebung der Sätze um 0,1 Prozent.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen warten dringend auf bessere Leistungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Pflege. Doch sie bekommen nur ein paar Trostpflaster sowie leere Versprechungen auf einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff angeboten. Diese Reform bringt den Menschen nichts. Der Stillstand verschärft die Probleme. Weil nichts geschieht, droht die Zwei-Klassen-Pflege.

„Dass die Bundesregierung glaubt, mit fünf Euro Zuschuss die Pflegeproblematik in den Griff zu bekommen, ist erbärmlich“, erklärte die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig. Das Ganze sei nicht mehr als ein Almosen an die darbenenden PKV-Anbieter. Für die solide Finanzierung der Pflege helfe nur der Mut, „den Menschen ehrlich zu sagen, dass wir die Beiträge anheben müssen: für bessere Leistungen und für neue Jobs in der Altenpflege“, so Schwesig.

Die SPD wird nach den Bundestagswahlen eine mutige und umfassende Pflegereform in Angriff nehmen. Die beinhaltet einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, die Bürgerversicherung sowie bessere Unterstützung für Angehörige. Die Sozialdemokrat_innen lassen die Betroffenen nicht im Regen stehen, wie es die FDP-Minister getan haben.

AKTUELLE STUNDE

Koalition deckt Schmiergeldgeschäfte im Gesundheitswesen

In der Aktuellen Stunde der SPD debattierte der Bundestag am Donnerstag die Konsequenzen, die aus dem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) zur Korruption im Gesundheitswesen zu ziehen sind. Dieser hatte entschieden, dass freiberufliche Ärzte wegen der Annahme von Schmiergeldern und teuren Geschenken von der Pharmaindustrie, rechtlich nicht belangt werden können. Die SPD-Fraktion sieht darin die Gefahr, dass der Korruption der Ärzte durch die Pharmaindustrie damit Tür und Tor geöffnet werde. Die Sozialdemokrat_innen hatten bereits 2010 einen Antrag zur Korruptionsbekämpfung vorgelegt, um eine Gesetzeslücke zu

schließen. Schwarz-Gelb jedoch wirft sich mit fadenscheinigen Argumenten vor die Ärzteschaft, ohne die schwarzen Schafe unter ihnen in den Blick zu nehmen.

Am 22. Juni hatte der BGH entschieden, dass freiberufliche Ärzte strafrechtlich nicht belangt werden können, wenn sie von der Pharmaindustrie Schmiergelder oder auch große Geschenke wie Reisen annehmen und daraufhin fleißig ihren Patient_innen ein bestimmtes Medikament verschreiben. Anders sieht es bei angestellten Ärzten in Krankenhäusern, Polikliniken, großen Arztpraxen aus. Hier greift das Strafrecht. Sie können verurteilt werden, verlieren danach ihre Approbation und ihren Job. Das Standerecht reicht auch nicht aus, um die Bestechungen im Gesundheitswesen wirksam zu bekämpfen.

Um der Korruption im Gesundheitswesen entgegen zu treten hatte die SPD-Bundestagsfraktion bereits im November 2010 einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Auch in der Großen Koalition hatten die Sozialdemokrat_innen einen Vorstoß unternommen, um gegen Bestechung im Gesundheitswesen vorzugehen. Die Union hatte sich dem jedoch mit nicht nachvollziehbaren Begründungen widersetzt.

Gesetzeslücke schließen und Patient_innen schützen

Die SPD-Fraktion machte in der Aktuellen Stunde deutlich, dass es ihr nicht um einen Generalverdacht der Ärzteschaft in Deutschland gehe, sondern darum, eine Gesetzeslücke zu schließen. Den SPD-Abgeordneten geht es auch darum, Gerechtigkeit zwischen freiberuflichen und angestellten Ärzten zu schaffen. Vor allem aber wollen sie die Patient_innen davor schützen, dass ihnen Medikamente verschrieben werden, weil die schwarzen Schafe in der Ärzteschaft dafür Provisionen erhalten. Denn es kann durchaus passieren, dass ein anderes Präparat dem oder der Erkrankten besser geholfen hätte, als jenes, das von der Pharmaindustrie promotet werden soll. Im schlimmsten Fall kann solch ein Medikament sogar Schaden anrichten.

Der zuständige Berichterstatter der SPD-Fraktion, Edgar Frank, sagte in der Debatte, dass es offensichtlich unter einigen freiberuflichen Ärzten „kein Unrechtsbewusstsein“ gebe und dass das „Standesrecht keine Bestrafung vorsehe“. Die Kosten für die Behandlung der Schäden, die die Verschreibung eines ungeeigneten Medikaments anrichten kann, lägen deutlich höher als die Honorare, die Ärzte von den Pharmaunternehmen kassierten.

Karl Lauterbach, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, warf Schwarz-Gelb vor, „Straftäter zu decken“, wenn sie die Gesetzeslücke nicht schließen würden. Die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Carola Reimann (SPD), sagte, es sei „höchste Zeit, dass die Bundesregierung handle. Die schwarzen Schafe unter den Ärzten untergraben „das Vertrauen in die gute Arbeit vieler Ärzt_innen“. Mechthild Rawert, rief zu einer Wette auf, ob Schwarz-Gelb bereits sei, die Gesetzeslücke zu schließen oder nicht. Sie tippe darauf, dass die Lücke gefüllt werde.

Forderungen der Sozialdemokraten an die Bundesregierung:

- Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung zu folgenden Maßnahmen auf:
- Durch ergänzende Regelungen im Strafgesetzbuch sicher zu stellen, dass Korruptionshandlungen niedergelassener Vertragsärzte Straftatbestände darstellen.
- Mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen ist zu gewährleisten, dass systematische Falschabrechnungen von Krankenhäusern mit spürbaren Sanktionen geahndet werden.

- Auf die Länder soll eingewirkt werden, damit diese besonders qualifizierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen bei der Kriminalpolizei zur Verfolgung von Korruption im Gesundheitswesen errichten. Begleitend sollten Angebote zur Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten mit einem möglichst einheitlichen Curriculum realisiert werden.
- Es wird ein besonderer, auf sozialversicherungsrechtliche Sachverhalte abzielender Straftatbestand geschaffen, der neben dem Vermögen die besondere Stellung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Patientinnen und Patienten schützt.
- Die Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten sollen als Profit-Center innerhalb der sie tragenden Organisationen verankert werden, damit der erwünschte personelle Ausbau nicht durch die von der Koalition geplante Deckelung der Verwaltungskosten der Krankenkassen verhindert wird.

WIRTSCHAFT

Mittelstand fördern

Der Mittelstand bildet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Er steht vor den Herausforderungen der Fachkräftesicherung, der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise und besserer Bedingungen für Gründungen.

Mit einer Großen Anfrage – „Situation des Mittelstands“ (Drs. 17/9655) – fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, zu zentralen Handlungsfeldern der Mittelstandspolitik Position zu beziehen. Die Entwicklung des Mittelstands und seiner Beschäftigten wird dabei beleuchtet. Es wird nach Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gefragt, die Aus- und Weiterbildung sowie die Anwerbung von Arbeitnehmern aus Drittländern betreffen. Auch für den Bereich Energie und Rohstoffe werden wichtige Handlungsfelder identifiziert. Die SPD fordert ein klares Leitbild für Forschung und Entwicklung sowie soziale Sicherung im mittelständischen Bereich. Schließlich werden verschiedene Wirtschaftsbereiche und ihre spezifischen Probleme thematisiert.

In einem Antrag – „Finanzierungsbedingungen des Mittelstands verbessern“ (Drs. 17/5229) – fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die Finanzierung des Mittelstands sicher zu stellen. Eine Mittelstandsanleihe ist vonnöten, um den steigenden Liquiditätsbedarf der mittelständischen Wirtschaft zu decken. Das Kombiprogramm zur Liquiditätssicherung für kleine und mittlere Unternehmen von Bürgschaftsbanken und Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften muss weitergeführt werden. Damit werden Betriebsmittel und eigenkapitalstärkendes Beteiligungskapital bereit gestellt. Zudem soll das Instrumentarium der Bürgschaftsbanken erweitert werden. Innerhalb von zwei Jahren sind die neuen Regelungen zu evaluieren.

BILDUNG

Schüler-BaföG einführen

Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien machen weiterhin selten Abitur. Damit sie nicht aus wirtschaftlichen Gründen nach dem Sekundar-I-Abschluss eine Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit aufnehmen, bedürfen sie finanzieller Unterstützung. In dem Antrag „Einführung eines generellen Schüler-BaföG“ (Drs. 17/9576) fordert die SPD-

Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, das BaföG auf alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10 auszuweiten.

BaföG soll auch gezahlt werden, wenn sie bei den Eltern wohnen. Wohnen sie nicht mehr bei den Eltern, erhalten die Schülerinnen und Schüler einen Wohnkostenzuschuss. Die Bundesregierung muss mit den Bundesländern über die gemeinsame Finanzierung der erweiterten Ausbildungsförderung verhandeln. Im Haushaltsjahr 2013 sollen zusätzlich 100 Millionen Euro bereit gestellt werden. Nur dann kann die erweiterte Schülerförderung im Schuljahr 2013/2014 beginnen.

RECHTSPOLITIK/FAMILIENPOLITIK

Schwarz-Gelb will keine Gleichstellung der Ehe von Lesben und Schwulen

Die Regierungsfractionen haben im Plenum wieder gezeigt, dass sie kein Interesse an der Gleichstellung von Lesben und Schwulen haben. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag machte deutlich, dass die Rechte von Homosexuellen weder von CDU/CSU noch von der FDP vertreten werden.

Die SPD hat seit der Einführung des Lebenspartnerschaftsrechts im Jahr 2001 deutlich gemacht, dass sie JA zur Gleichstellung von lesbischen und schwulen Paaren sagt. 2001 war das ein weltweit wegweisender Schritt – heute sind in vielen Staaten der westlichen Welt die Partnerschaften von Lesben und Schwulen mit denen heterosexueller Eheleute gleichgestellt. Die Ehe wurde in vielen Staaten sogar geöffnet. Wie aktuelle Umfragen bestätigen, ist die Bevölkerung auch schon viel weiter als die Bundesregierung, die offensichtlich erneut die Zeichen der Zeit verschläft.

Beschämend ist das Verhalten der 37 Abgeordneten der FDP und der zwei Abgeordneten der CDU/CSU, die sich noch im Vorfeld der Abstimmung im Bundestag klar für die Öffnung ausgesprochen hatten. Die Abfrage hatte der Veranstalter des Kölner Christopher-Street-Days organisiert (http://www.colognepride.de/jaichwill_plenum_de.html). Diese Abgeordneten zeigen, wie wenig Integrität ein Politiker haben kann. Sie sind Treibmittel für Politikverdrossenheit.

Man und frau können den Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP, die die Anträge von SPD und Grünen abgelehnt haben, nur zrufen: Traut Euch endlich, die gesellschaftliche Realität anzuerkennen und traut Euch, die Ehe für Lesben und Schwule zu öffnen! Es ist an der Zeit, sich klar zu bekennen – wie es die SPD mit ihrem einstimmigen Beschluss auf dem letzten Bundesparteitag längst getan hat! Und mit dem Antrag der SPD-Fraktion auch parlamentarisch bewiesen hat.

„Trotz der fast vollständigen Gleichstellung mit der Ehe werden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften immer noch diskriminiert. Die Bundesregierung weigert sich, diese Lebenspartnerschaften vollständig der Ehe gleichzustellen. Während sogar die FDP fordert, dass dort, wo gleiche Pflichten übernommen würden, auch gleiche Rechte bestehen sollten, setzt sich die wiederholte Uneinigkeit innerhalb der Bundesregierung fort“, erklärte SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht.

Das gehe zulasten vieler homosexueller Paare, die immer noch schlechter gestellt sind, vor allem im Steuer- und Adoptionsrecht. Und es geht auch zulasten des Kindeswohls. „Wir fordern in unserem Antrag, dass die Ehe endlich auch für gleichgeschlechtliche Paare möglich ist“, sagte Lambrecht.

Eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wäre ein wichtiges Signal. Das würden auch mittlerweile fast zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland begrüßen. Und das gilt auch für Europa. Die Niederlande, Schweden, Spanien und Belgien haben sich bereits dafür entschieden, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare als Institut im nationalen Recht zu verankern, und im September 2011 kündigte auch die britische Gleichstellungsministerin an, diesen Schritt in den kommenden vier Jahren zu gehen. Deutschland sollte nicht hinter Europa zurück stehen und endlich die Institution Ehe modernisieren.

Doch im Plenum wurde sowohl ein Antrag der SPD-Fraktion von Schwarz-Gelb negativ beurteilt als auch ein Entschließungsantrag der Grünen – er wurde abgelehnt.

UMWELT/FINANZEN

Energie- und Klimafonds finanzieren

Der „Energie- und Klimafonds (EKF)“ soll eine haushaltsunabhängige Finanzierung der Energiewende sicher stellen. Er wird hauptsächlich aus Erlösen des CO₂-Emissionszertifikatehandels gespeist. Der Preisverfall der Zertifikate hat jedoch zu Einnahmeausfällen geführt. Ein Liquiditätsdarlehen aus dem Bundeshaushalt soll dies ausgleichen.

Das wird allerdings für eine angemessene Ausstattung der EKF-Programme nicht ausreichen. In dem Antrag „Zukunft des Energie- und Klimafonds und der durch ihn finanzierten Programme“ (Drs. 17/10088) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung daher auf, eine belastbare Preiskalkulation und Berechnung für die in Zukunft zu erwartenden Erlöse vorzulegen. Außerdem soll sich die Bundesregierung für die Anhebung des EU-Klimaschutzziels auf mindestens 30 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 einsetzen. Die Programmkürzungen im EKF müssen verhindert werden. Zudem soll ein Finanzierungskonzept für die Energiewende und den Klimaschutz vorgelegt werden. Programme und Maßnahmen im EKF sind wieder in die Einzelpläne des Bundeshaushalts zu überführen.

In seinem Debattenbeitrag am Donnerstag im Plenum sagte Uwe Beckmeyer, Mitglied des Umweltausschusses, das Beispiel des Sondervermögens Energie- und Klimafonds zeige, „dass diese Regierungskoalition keine klaren Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung der künftigen Energiepolitik hat“. Ein Bekenntnis nur zum Ausbau des Klimaschutzes reiche nicht. bei den Einnahmen der Fonds habe sie sich verkalkuliert. Was fehle sei eine „kohärente Ordnungspolitik für die Energiewende“.

AUSSEN

UNIFIL-Mandat verlängern

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) um ein Jahr verlängern. Die UNIFIL-Mission wurde bereits 1978 beschlossen und ist damit eine der ältesten aktiven Beobachtermissionen der Vereinten Nationen. Im Jahr 2006 wurde die Mission erweitert und auf die Küstengewässer des Libanon ausgeweitet. Das deutsche UNIFIL-Mandat umfasst weiterhin die Sicherung der seeseitigen Grenzen und die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von maritimen Fähigkeiten zur Kontrolle der Küstengewässer. Die personelle Obergrenze des Mandats liegt bei 300 Soldatinnen und Soldaten. Die Zusatzausgaben für die Verlängerung betragen 31,3 Mio. Euro. Davon entfallen 15,6 Mio. Euro auf das Haushaltsjahr 2012 und rund 15,7 Mio. Euro auf das Haushaltsjahr 2013.

Die UN-Mission UNIFIL trägt mit ihrer maritimen Komponente zur Vermeidung bewaffneter Auseinandersetzungen und zur Stabilität des Libanon und der gesamten Region bei. Zugleich wird angesichts der Verschlechterung der Sicherheitslage im Libanon dem UNIFIL-Mandat eine besondere Bedeutung beigemessen. Es kann nach Ansicht der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, der Destabilisierung des Libanon in Anbetracht der innenpolitischen Spannungen und des Konflikts im Nachbarland Syrien entgegen zu wirken.

Sudan und Südsudan stabilisieren

Am 9. Juli 2011 hat sich die Republik Südsudan in Folge der Abstimmung über das Unabhängigkeitsreferendum für unabhängig erklärt. Die Republik Sudan hat den neuen Staat anerkannt. Die Republik Südsudan wurde als 193. Staat der Vereinten Nationen in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen. Beide Staaten sind seither zwei eigenständige souveräne Nationalstaaten mit einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik.

Ein halbes Jahr nach der friedlichen Teilung befinden sich die Republik Sudan und die Republik Südsudan in einer tiefen Krise. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich nicht, wie es nach der friedlichen Trennung des Südsudan vom Nordsudan erwartet wurde, verbessert, sondern deutlich verschlechtert. Beide Staaten drohen in einen weiteren Krieg abzugleiten. Verbliebene Fragen des umfassenden Friedensabkommens sind weiterhin ungelöst geblieben.

In dem interfraktionellen Antrag von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP „Die Republiken Sudan und Südsudan stabilisieren“ (Drs. 17/10095) wird die Bundesregierung aufgefordert, der Republik Sudan und der Republik Südsudan weiterhin besonderes Gewicht im Rahmen der deutschen Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik einzuräumen.

Strategie gefordert

Im Hinblick auf die internationalen Friedensbemühungen soll die Bundesregierung die weitere Umsetzung der Resolution 2046 (2012) und des Friedensfahrplans der Afrikanischen Union nach Kräften unterstützen und gegenüber den Regierungen des Sudan und des Südsudan sowie allen Rebellenorganisationen, insbesondere der SPLM-N, mit Nachdruck eine vollständige und konstruktive Befolgung einfordern, um den ins Stocken geratenen politischen Friedensprozess zwischen Sudan und Südsudan unter stärkerer Einbindung der Zivilgesellschaft fortzusetzen.

Die Regierung soll sich innerhalb der EU und VN, insbesondere im Dialog mit IGAD und der AU, für die Ausarbeitung einer Strategie für Sudan und Südsudan einsetzen, die der Eigenständigkeit beider Staaten Rechnung trägt, die die Einrichtung einer ständigen Konferenz für regionale Sicherheit und Zusammenarbeit im Rahmen der AU verfolgt, um ein umfassendes, systematisches und koordiniertes Engagement in der Region zu befördern und die Wege zur politischen Lösung der Darfur-Krise mit einschließt und die vollständige Umsetzung des CPA, inklusive der noch ausstehenden Regelung über die Zuordnung über Abyei sowie den Abschluss von „Popular Consultations“ (Bevölkerungsanhörungen) in den Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil sicherstellt.

Im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen der Republik Sudan und Südsudan in den bilateralen Beziehungen mit Sudan und Südsudan ist es an der Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass der geschlossene Nichtangriffspakt und weitere bilaterale Vereinbarungen – unter Beachtung der VNSR Res 2046 (2012) – eingehalten werden.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die internationale Schutzverantwortung weiterentwickeln

Staaten müssen ihre Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, systematischer Gewalt gegen Minderheiten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützen. Wenn ein Staat das nicht leisten kann oder will, geht die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) auf die internationale Gemeinschaft über. Bei den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu Libyen wurde die Schutzverantwortung zum ersten Mal angewandt.

Die Bundesregierung ist dabei ihrer Unterstützungsfunktion nicht gerecht geworden. In dem Antrag „Die internationale Schutzverantwortung weiterentwickeln“ (Drs. 17/8808) fordert die SPD die Bundesregierung auf, sich für die Implementierung und Operationalisierung der Schutzverantwortung einzusetzen. Ein nationales und regionales Frühwarnsystem für Menschenrechtsverletzungen ist vonnöten. Die Schutzverantwortung soll ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden. Zivilpersonal, das entsendet wird, muss zusätzlich für den Schutz der Zivilbevölkerung vor Gräueltaten ausgebildet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte nachdrücklich für das Schutzverantwortungskonzept eintreten und innerhalb der Europäischen Union für mehr Akzeptanz werben. Deutschland engagiert sich für den Aufbau und die Ausbildung von zivilen Kräften u. a. bei Polizei und Justiz in Krisenregionen und verfügt in diesem Bereich international über ein hohes Renommee.

Für eine Generation frei von Aids/HIV

Der weltweite Kampf gegen HIV/Aids trägt erste Früchte, und es gibt Grund zur Hoffnung: Die Neuinfektionen mit HIV und die Zahl der Todesfälle sinken stetig. Aber der Kampf muss mit unerlässlicher Kraft weitergeführt werden, denn eine hohe Anzahl von Kindern wird noch immer über ihre Mütter mit dem Virus infiziert. Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung daher auf, sich dem Ziel einer „Aids-freien Generation“ zu verpflichten. Bisher folgten den Ankündigungen der schwarz-gelben Koalition nämlich noch keine Taten.

Wenn im Juli in Washington Teilnehmer aus aller Welt bei der 19. Welt-Aids-Konferenz zusammenkommen, werden sie in weiten Teilen positiv auf die neuesten Entwicklungen blicken können: Seit 1997 ist die Zahl der Neuinfektionen mit dem HI-Virus um 21 Prozent zurückgegangen, die Zahl der Todesfälle ist ebenfalls um 21 Prozent seit 2005 gesunken. Positiv ist auch, dass im Jahr 2010 etwa 47 Prozent der schätzungsweise 14,2 Millionen Infizierten in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen ihren Anspruch auf die lebensrettende Therapie mit antiretroviralen Medikamenten nutzen konnten. Aber es gibt nach wie vor auch alarmierende Zahlen: So haben sich 2010 weltweit 390.000 Kinder mit HIV infiziert, davon 90 Prozent durch die Mutter, etwa während der Geburt oder über die Muttermilch. Gerade hier muss noch viel passieren, so dass die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 auch in diesem Bereich erreicht werden können.

Bundesregierung mit wenig Engagement

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher in ihrem Antrag „Für eine Generation frei von Aids/HIV bis 2015“ (Drs 17/10096) die Bundesregierung auf, sich dem Ziel einer „Aids-freien Generation“ zu verpflichten. Die Bundesregierung hatte sich zwar im vergangenen Jahr zum UN-Ziel, die Mutter-Kind-Übertragung bis 2015 zu stoppen, ausdrücklich bekannt, das blieb aber ohne Folgen. In einer Pressemitteilung stellt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion, Karin Roth, fest: „Wie bei allen internationalen Verpflichtungen in Bezug auf Gesundheit in Entwicklungsländern, folgen den Ankündigungen jedoch keine Taten“. Daher sei

eine besondere Initiative der Regierung nötig, um das Ziel einer „Aids-freien Generation“ zu erreichen.

Das soll, so die SPD-Fraktion, finanziert werden, ohne dass der übrige Einsatz gegen HIV/Aids reduziert wird. Dazu fordert die SPD die Regierung auf, einen verbindlichen Plan zur Erreichung des Ziels, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, vorzulegen. Für den Bereich Gesundheit in Entwicklungsländern sollen davon 0,1 Prozent angestrebt werden. Darüber hinaus fordert der Antrag, dass die Aufklärung über HIV/Aids weiter gefördert wird. Der Zugang zu Medikamenten ist zu gewährleisten, und Forschungskapazitäten sollen ausgebaut werden. Zudem sind patentrechtliche sowie handels- und finanzpolitische Fragen auf internationaler Ebene zu klären.

Positiv sei zu sehen, dass nach jahrelangem Kampf von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) gegen den Globalen Fonds zur Bekämpfung gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) dieser nun endlich die Arbeit des Fonds anerkenne und der GFATM im Haushaltsentwurf für 2013 wieder einen eigenen Titel bekommt. Damit folgt der Minister den Empfehlungen der SPD. Diese fordert aber auch, dass die Mittel für einen wirksamen Kampf weiter erhöht werden müssen.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>